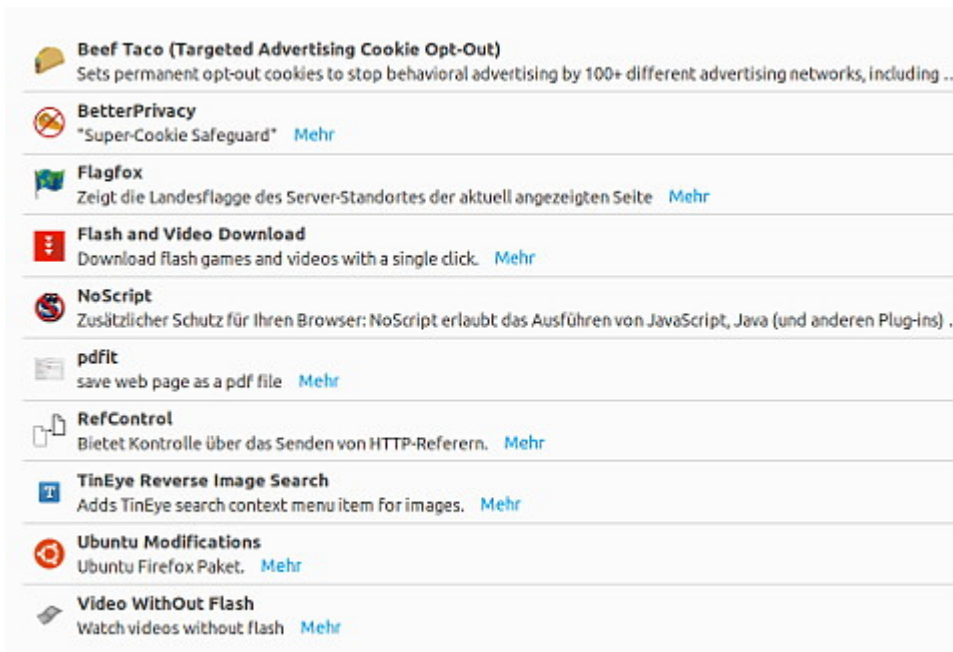


Adblocker und die Refinanzierung



Laut Netzpolitik.org erwägt die Bundesregierung, [Adblocker zu verbieten](#).

Wie dem Abschlussbericht der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz zu entnehmen ist, hat die Arbeitsgruppe das Geschäftsmodell von Ad-Blockern als rechtlich und mit Blick auf die Refinanzierung journalistisch-redaktioneller Angebote auch medienpolitisch als problematisch angesehen. Eine Prüfung durch Bund und Länder soll daher klären, ob im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen und damit verbundenen medienpolitischen Risiken gegebenenfalls eine gesetzliche Flankierung geboten ist.

Die sind doch so dämlich, dass es weh tut. Allerdings könnte mich das kalt lassen, weil ich keine Adblocker benutze. Har har. So könnte es aussehen:

§ 207 StGB (NEU)

(1) Wer unbefugt Adblocker, die Werbung unterdrücken, installiert oder benutzt und damit die Refinanzierung journalistisch-redaktioneller Angebote unterläuft, wird mit

Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.